

Hainz, Christa

Article

Financial Inclusion: Reformen in den Bereichen Verbraucherschutz und finanzielle Allgemeinbildung

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Hainz, Christa (2011) : Financial Inclusion: Reformen in den Bereichen Verbraucherschutz und finanzielle Allgemeinbildung, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 64, Iss. 22, pp. 55-56

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165048>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Während der Finanzkrise erlebten nicht wenige Anleger und Kreditnehmer unliebsame Überraschungen, vor allem in den USA, aber auch in Europa und weltweit. Sie mussten feststellen, dass die von ihnen gekauften Finanzprodukte viel riskanter waren, als sie es zuvor angenommen hatten. Kreditnehmer überschuldeten sich und waren häufig nicht mehr in der Lage, ihre Kredite zu bedienen. Zum Entstehen dieser Situation haben verschiedene Faktoren beigetragen. Anleger suchten nach hochprofitablen Investitionen, und die Banken boten ihnen neu gestaltete Produkte an, die höhere Renditen versprachen. Außerdem waren viele Haushalte an zusätzlichen oder höheren Krediten interessiert, oft um ihren Konsum zu finanzieren. Häufig gewährten die Banken die Kredite tatsächlich. Die so entstandene Situation zeigt, wie weitreichend die Folgen von falschen Finanzentscheidungen sind – nicht nur für einzelne Haushalte, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft. Dies belegt auch das folgende Zitat: »Der Mangel an wirksamer Offenlegung von Informationen und irreführende Werbung auf Seiten der Anbieter sowie mangelndes Verständnis bezüglich Finanzprodukten auf Seiten der Konsumenten trugen dazu bei, dass der Markt für Subprime-Hypotheken in den USA zusammenbrach« (CGAP/WB 2010, 23).

Dieses Zitat verweist auf die wichtige Rolle, die das institutionelle Umfeld, in dem Finanzdienstleistungen und -produkte angeboten werden, für das auf den Finanzmärkten erzielte Ergebnis spielt. Eine Verbesserung der Institutionen sollte deshalb dazu beitragen, derart negative Entwicklungen in der Zukunft zu verhindern. Tabelle 1 gibt an, welche Industrieländer Reformen in den Bereichen Verbraucherschutz und finanzielle Allgemeinbildung durchgeführt haben. Die in der Tabelle verwendeten Informationen stammen aus einer Erhebung zum Thema Financial Inclusion¹, die gemeinsam von der Consultative Group to Assist Poor (CGAP) und der Weltbank zu diesem Thema unter Finanzregulierern durchgeführt wurde. Financial Inclusion ist natürlich auch in Entwicklungsländern von enormer Bedeutung. Für diese Länder umfasst Financial Inclusion wesentlich mehr Aspekte als die beiden zuvor genannten.²

Verbraucherschutz zielt auf den Schutz der Verbraucher vor unfairen oder irreführenden Praktiken von Finanzdienstleistern. So soll die Transparenz durch die vollständige Offen-

Tab. 1
Reformen im Bereich Financial Inclusion im Jahr 2009

	Verbraucherschutz	Finanzielle Allgemeinbildung
Belgien	+	
Bulgarien	+	+
Finnland	+	
Frankreich	+	
Irland	+	
Italien	+	
Lettland		+
Litauen	+	
Österreich	+	
Portugal	+	
Slowakei		+
Spanien	+	+
Tschechien	+	
Ungarn	+	
Ver. Königreich	+	+
Kroatien	+	+
Mazedonien		
Schweiz	+	
Türkei		
Japan	+	
Kanada	+	+
Neuseeland	+	+
USA	+	

Quelle: CGAP/WB (2010).

legung von klaren, angemessenen und vergleichbaren Informationen über Preise und Vertragsbedingungen von Finanzprodukten und -dienstleistungen erhöht werden. Außerdem sollte ein Regressmechanismus eingeführt werden, der bei Beschwerden greift und Streitigkeiten schnell und kostengünstig löst (vgl. CGAP/WB 2010, 17). Im Bereich Verbraucherschutz sind die meisten bisher ergriffenen Reformmaßnahmen darauf ausgerichtet, Offenlegungsverpflichtungen und Mechanismen zur Streitbeilegung einzuführen. In einigen Ländern, darunter Tschechien und Finnland, wurde auch der Schutz bei Betrug verbessert. Ebenso wird die Ausweitung von Einlagensicherungssystemen manchmal als Verbraucherschutz angesehen. Wie die Tabelle zeigt, haben nahezu alle hier ausgewählten Industrieländer Reformen durchgeführt, die einer Verbesserung des Verbraucherschutzes dienen.

Durch **finanzielle Allgemeinbildung** soll in der Bevölkerung ein Grundwissen über Finanzdienstleistungen und -produkte geschaffen werden. Durch dieses Wissen wird der Einzelne in die Lage versetzt, informierte Entscheidungen in seinen Finanzangelegenheiten zu fällen (vgl. CGAP/WB 2010, 17). Reformen in diesem Bereich beinhalten etwa die Schaffung oder Aktualisierung von Bildungsprogrammen zum Thema Finanzen in den Schulen, die Etablierung von Wochen zur finanziellen Allgemeinbildung sowie die Gründung von Finanzlernzentren. Aus der Tabelle geht hervor, dass nur in wenigen Ländern Anstrengungen zur Verbesserung der finanziellen Allgemeinbildung unternommen wurden (vgl. CGAP/WB 2010).

* Der Artikel ist auch als Database-Beitrag »Financial Inclusion: Reforms in the Areas of Consumer Protection and Financial Literacy«, *CESifo DICE Report* 9(2), 2011, 60–61 erschienen.

¹ Financial Inclusion hat zum Ziel, der gesamten Bevölkerung (und somit auch den Unternehmen) Zugang zu bedarfsgerechten Finanzdienstleistungen zu verschaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Hindernisse sowohl auf Angebots- als auch auf Nachfrageseite überwunden werden.

² Hierzu zählen u.a. die Einführung von Basiskonten, ein leichter Zugang zu Finanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen auch im ländlichen Raum sowie die Genehmigung von Mikrofinanzinstitutionen und von Direktbanken (vgl. CGAP/WB 2010).

Zahlreiche Länder haben Reformen durchgeführt, die helfen sollen, die Überschuldung von Konsumenten zu bekämpfen. Dazu können sowohl Maßnahmen auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite beitragen. Auf der Angebotsseite wurden ein strengeres Risikomanagement und eine verbesserte Transparenz auf den Kreditmärkten angestrebt. Gesetze über Kreditauskunfteien und Kreditregister sind hier von besonderer Bedeutung (vgl. Hainz 2011 für einen Überblick zu diesem Thema). Portugal beispielsweise machte eine Beratung durch eine Kreditauskunftei oder ein Kreditregister bei Kreditanträgen verpflichtend. Auf der Nachfrageseite kann Überschuldung durch verbesserte Bildung im Bereich Finanzen vorgebeugt werden (vgl. CGAP/WP 2010).

Durch die Finanzkrise wurden große Verwerfungen auf den Finanzmärkten offenbar. Diese Verwerfungen weisen auch auf die Defizite im institutionellen Umfeld hin. Folglich ist zu erwarten, dass in den kommenden Jahren in den beiden hier untersuchten Bereichen zahlreiche weitere Reformen durchgeführt werden.

Literatur

CGAP/WB (Consultative Group to Assist the Poor/World Bank Group) (2010), *Financial Access 2010: The State of Financial Inclusion through the Crisis*, Washington D.C.
Hainz, C. (2011), »Measuring Information Sharing in Credit Markets«, *CESifo DICE Report* 9(1), 21–27.